

# EU-Nachrichten 08 2016

## KURZ & KNAPP

### Frühjahrsprognose 3

EU-Kommission erwartet leicht gedämpftes Wachstum

## IM FOKUS

### TTIP-Verhandlungen 4

Zentrale Standards der EU stehen nicht zur Disposition

### Asylbewerber 5

Mehr Solidarität und Fairness angestrebt

## VERLEIHUNG DES KARLSPREISES

### Papst Franziskus als Vorbild für Europäer geehrt

Papst Franziskus lebt den Europäern vor, dass Solidarität und Nächstenliebe keine Lippenbekenntnisse sein dürfen, sondern entsprechendes Handeln erfordern. Das sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei der Verleihung des Internationalen Aachener Karlspreises an den Papst im Vatikan. Der Karlspreis ist die älteste und bekannteste Würdigung für Verdienste um die europäische Integration.

„Europa, das ist die bewusste Entscheidung für das Gegenteil dessen, was die Generation unserer Eltern erleben musste. Europa, das ist das gelebte Bekenntnis zur Würde des Menschen, zum Miteinander, zu sozialem Frieden“, sagte Juncker. Was für eine Errungenschaft das sei, werde im Alltag manchmal vergessen, deshalb seien die Erinnerungen und Mahnungen durch Franziskus sehr willkommen.

**K** [Karlspreis für Papst Franziskus](#)



EU-Kommissionspräsident Juncker, Bundeskanzlerin Merkel und Europaparlamentspräsident Schulz eröffneten die neue Dauerausstellung ERLEBNIS EUROPA in Berlin.

## EUROPÄISCHES HAUS ÖFFNET MIT NEUER ERLEBNISAUSSTELLUNG

### Europa verständlich in 30 Minuten

Nach einem Umbau hat das „Europäische Haus“ in Berlin seine Tore wieder geöffnet. Schmuckstück und Besuchermagnet des Hauses am Brandenburger Tor im Herz der deutschen Hauptstadt ist die neue interaktive Multimediaausstellung ERLEBNIS EUROPA. Sie macht die Europäische Union und die Arbeit ihrer Institutionen auf moderne und spannende Art erlebbar – die EU verständlich in 30 Minuten. „Es ist so etwas wie der permanente Bürgerdialog, der hier stattfindet“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der feierlichen Eröffnung gemeinsam mit den Präsidenten Schulz und Juncker.

> Merkel erklärte, je größer die Herausforderungen für die EU würden – etwa durch Terrorgefahr, Flüchtlingskrise, Klimawandel oder Schuldenkrise – umso stärker müssten Bürgerinnen und Bürger mit einbezogen werden. Das Europäische Haus sei ein Ort, an dem das in verständlicher Sprache geschehen könne. Sie freue sich, dass dieser Dialog nicht in einem versteckteren „Winkel der Stadt“, sondern mitten im Zentrum ablaufen solle. Merkel dankte Kommission und Parlament dafür, dass sie in ein solches Haus an einem solchen Standort in-

vestierten und sich den Fragen und dem Dialog mit der Öffentlichkeit stellten.

„Es gibt keinen besseren Ort in Europa als diesen für ein Europäisches Haus“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mit Blick auf die Lage am Brandenburger Tor. Als er 1975 das erste Mal nach Berlin gekommen sei, „konnte ich trotz größter Anstrengungen nicht auf diese Seite vordringen“, erinnerte sich Juncker. Sein Weg endete an der Mauer. >>



Das Europäische Haus mit der neuen Ausstellung ERLEBNIS EUROPA liegt nur wenige Schritte vom Brandenburger Tor entfernt.

>> Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, der Ort habe eine „ungeheure Symbolkraft“. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, sprach von einem „privilegierten Platz“ für einen solchen Erlebnisort, der viele Menschen aus vielen Ländern anziehen werde. „Die kommen vom Brandenburger Tor und kommen hier rein“, sagte Schulz.

Juncker sagte, er wünsche sich das neugestaltete Europäische Haus als Ort der Wissensvermehrung: „Ich hätte gern, dass man sich hier informiert über europäische Dinge, von denen man denkt, man wüsste alles und von denen die wenigsten genug wissen.“ Neben der neuen Dauerausstellung bietet das Europäische Haus Bürgerinnen und Bürgern auch zahlreiche Diskussionsrunden sowie kulturelle und politische Informationsveranstaltungen an. „Europa braucht eine Streitkultur im noblen Sinne des Wortes“, sagte Juncker.

### Debattenort im Zentrum Berlins

Im Wortsinne zum Greifen nahe bringen will die neue Ausstellung ERLEBNIS EUROPA die Arbeit der EU-Institutionen, die Geschichte der Europäischen Union und das Alltagsleben in anderen EU-Ländern. Denn sie enthält interaktive Multimediaelemente und Touchscreens, über die die Besucher auswählen können, was sie besonders interessiert. So soll der Besuch zu einem Erlebnis werden, der auch emotional anspricht.

Auf 450 Quadratmetern am Sitz der Vertretung der EU-Kommission und des Informationsbüros

des Europäischen Parlaments in Deutschland wird erfahrbar, was die Europäer an ihrem Einigungswerk haben. So kann man sich über Monitore ganz persönliche Lebensgeschichten von Menschen erzählen lassen, deren Leben und Alltag durch die EU verändert wurde. Auf einer interaktiven Europakarte lassen sich viele Informationen über europäische Projekte in den verschiedensten Ländern und Städten finden.

### Simulation von EP-Sitzungen

An anderen Medientischen lässt sich entdecken, was die Europäische Union ist, wie sie funktioniert und wie man sich als Bürgerin und Bürger aktiv an der EU-Politik beteiligen kann. In Berlins erstem 360°-Kino, dem kreisrunden „Parlamentarium“, ist man nicht nur Zuschauer, sondern bekommt das Gefühl, wie ein Abgeordneter an einer Sitzung des Europäischen Parlaments teilzunehmen. Wer mag, kann für ein Planspiel auch in die Rolle eines EU-Abgeordneten oder eines EU-Kommissars schlüpfen und die jeweiligen Interessen der Institutionen in einer fiktiven Plenartagung verteidigen.

Das ERLEBNIS EUROPA ist auch ein Ort, an dem die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen. Ob zu einem Erasmus-Auslandssemester oder zur EU-Flüchtlingspolitik: Wer Fragen oder Kritik loswerden möchte oder einfach nur ins Gespräch kommen will, kann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausstellung direkt anspre-

chen. Sie vermitteln auch weitere Ansprechpartner und Informationen.

Jeder Gast kann über die Ausstellung direkt mit einem der Europaabgeordneten in Kontakt treten und ihm sein Anliegen per Email mitteilen. Alle 751 Parlamentarier präsentieren sich in Berlin unter anderem mit einer Videobotschaft. Ihre eigene Botschaft „aus der EU“ können die Besucher senden, wenn sie in der „Foto-Box“ ein Selfie aufnehmen und eine elektronische „Postkarte aus Europa“ in die Welt schicken. Wer wiederkommen und weiterdiskutieren möchte, ist eingeladen, bei einer der vielen Debattenveranstaltungen und kulturellen Events in der ersten Etage des Europäischen Hauses dabei zu sein.

### EU-Erfolge nicht vergessen

Dort gibt es auch ähnliche politische Diskussionen wie bei dem am Tag der Eröffnung ebenfalls in Berlin stattfindenden WDR-Europaforum, das unter dem Motto „Europa ohne Europäer? Die EU im Krisenmodus“ stand. Dort sagte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland: „Uns abgebrühten Europäern ist ja Pathos eher suspekt. Aber ganz antizyklisch, geradewegs in die vielen Krisen hineingesprochen: Europa ist das stärkste Instrument in unseren Händen, Herausforderungen zu überwinden und Zukunft zu gestalten.“

Er warb für ein offenes und solidarisches Europa: „Bei allem Respekt vor Ängsten und Sorgen: Sie können nicht die primären Treiber unseres Handelns werden. Denken wir daran, was wir schon alles geschafft haben und wofür wir stehen. Denken wir an die vielen Mitbürger, die abseits der Scheinwerfer Taten der Solidarität setzen. Sie machen das Europa aus, in dem wir leben wollen“, sagte Kühnel. (frh) >

[www.erlebnis-europa.eu](http://www.erlebnis-europa.eu)

### Freier Eintritt zur EU

Am 14. Mai wird die neue Dauerausstellung ERLEBNIS EUROPA mit einem Fest für die Öffentlichkeit eröffnet. Dabei kann man auch hinter die Kulissen des Europäischen Hauses schauen. Danach ist ERLEBNIS EUROPA täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, die Adresse lautet: Unter den Linden 78, 10117 Berlin.

## FRÜHJAHRSPROGNOSE DER KOMMISSION

**Leichtes Wachstum trotz höherer Risiken erwartet**

Die Wirtschaft der EU dürfte weiter wachsen, obwohl das internationale Umfeld schwieriger wird. Deshalb sagt die EU-Kommission in ihrer Frühjahrsprognose leicht nachlassende Wachstumsraten voraus. Für den Euroraum erwartet sie für 2016 eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,6 Prozent und für 2017 um 1,8 Prozent und für die gesamte EU einen Zuwachs von 1,8 Prozent (2016) und 1,9 Prozent (2017). Gründe für das geringere Wachstum sind etwa Probleme bei wichtigen Handelspartnern wie China, ein ansteigender Ölpreis und ein steigender Euro-Kurs, der Exporte aus der EU verteuert. Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung sieht die Kommission etwa in den geopolitischen Spannungen.

„Die wirtschaftliche Erholung setzt sich in Europa fort, gleichzeitig verschlechtern sich jedoch die globalen Rahmenbedingungen. Künftiges Wachstum wird deshalb zunehmend von den Möglichkeiten abhängen,

die wir selbst schaffen“, sagte der für den Euro und den sozialen Dialog zuständige Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis (Foto). Er mahnte die Mitgliedstaaten deshalb, sich noch mehr um Strukturreformen zu bemühen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Der Aufschwung im Euroraum sei noch ungleich verteilt. Für das kommende Jahr erwartet die Kommission leicht sinkende Arbeitslosenzahlen in der EU und Wachstum in allen Mitgliedstaaten. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland wird für dieses und nächstes Jahr mit 1,6 BIP-Prozent vorausgesagt.

■ [Frühjahrsprognose 2016](#)



## REISEN IM SCHENGEN-RAUM

**Deutschland soll Kontrollen an der Grenze fortsetzen**

Deutschland, Österreich, Schweden, Dänemark und Norwegen sollen ihre derzeit praktizierten Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums fortführen, damit die Reisefreiheit dort insgesamt nicht gefährdet wird. Das hat die EU-Kommission dem Ministerrat empfohlen. Trotz deutlicher Fortschritte bei der Sicherung der EU-Außengrenzen und obwohl die Zahl der in Griechenland ankommenden Flüchtlinge stark gesunken sei, gebe es dort noch zahlreiche irreguläre Migranten und es bestehe das Risiko, dass sie unkontrolliert weiterreisen können. Deswegen sollten die fünf Staaten für ein halbes Jahr ihre gezielten Kontrollen an Grenzübergängen fortsetzen, an denen es sonst keine Kontrollen gibt.

In Deutschland geht es um Kontrollen an der Grenze zu Österreich, während Dänemark seine Übergänge zu Deutschland überwacht. „Wir haben einen klaren Fahrplan zur Rückkehr zu einem normalen Funktionieren des Schengen-Raums bis November, und diese Rückkehr muss in geordneter Weise erfolgen“, sagte Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission. „Wir bewahren Schengen durch die Anwendung von Schengen.“ Der EU-Ministerrat übernahm die Empfehlung zur Verlängerung der Grenzkontrollen. Die betroffenen Länder sollen diese aber auf das „unbedingt Erforderliche“ begrenzen und sich untereinander absprechen.

■ [Verlängerung der Grenzkontrollen](#)

## KLAGEN ABGEWIESEN

**Warnhinweise und Verbot von Mentholzigaretten bestätigt**

Nun ist es höchststrichterlich entschieden: Die neue EU-Tabakrichtlinie ist gültig. Die in verschiedenen Klagen beanstandeten Verpackungsvorschriften, das Verbot für Mentholzigaretten und die Sonderregelung für E-Zigaretten seien rechtmäßig, urteilte der Europäische Gerichtshof. Polen, Rumänien, Unternehmen der Tabakindustrie sowie ein Vertreter elektronischer Zigaretten hatten gegen die Richtlinie geklagt. Unter anderem ging es um das Verbot der in Polen sehr beliebten Zigaretten mit Mentholaroma, die ab dem 20. Mai 2020 in der EU nicht mehr verkauft werden dürfen.

Dieses Verbot könne die Attraktivität dieser Tabakerzeugnisse verringern und diene daher dem Gesundheitsschutz, heißt es in dem Urteil. Die Vorschriften für eine einheitliche Etikettierung der Zigarettenpäckchen mit Warnhinweisen und Schockbildern sind nach Auffassung des EuGH verhältnismäßig, um Verbraucher vor den mit dem Tabakgebrauch verbundenen Gefahren zu schützen. Da E-Zigaretten andere Merkmale aufwiesen als Tabakprodukte verstießen auch die Sonderregeln für E-Zigaretten nicht gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung, heißt es in dem Urteil weiter. In Deutschland wird die neue EU-Tabakrichtlinie mit dem Tabakerzeugnisgesetz umgesetzt. C-358/14, C477/14, C-547/14

■ [EU-Tabakrichtlinie gültig](#)

## BEFREIUNG VON ÖKOSTROMUMLAGE

**Nicht alle Rabatte waren erlaubte Beihilfen**

Die Bundesregierung ist zu Recht verpflichtet worden, von Unternehmen mit hohem Stromverbrauch etliche Millionen Euro Ökostromumlage nachzufordern. Das ergibt sich aus einem Urteil des europäischen Gerichts. Dieses wies die Klage Deutschlands gegen eine Beihilfentscheidung der EU-Kommission vom November 2014 ab. Von der Rückzahlungspflicht betroffen sind Rabatte, die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in der Fassung von 2012 energieintensiven Industrieunternehmen für die Jahre 2013 und 2014 gewährt worden waren, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Die Kommission hatte die Rabatte und Fördermittel für die firmeninterne Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen und Grubengas als Beihilfen eingestuft, die meisten davon aber als vereinbar mit EU-Recht erklärt. Nur ein „kleiner Teil“ gehe über das zulässige Maß an staatlicher Unterstützung hinaus und müsse zurückgefordert werden, entschied die Kommission. Die Bundesregierung bestritt allerdings generell, dass es sich bei den Rabatten und Fördermitteln um staatliche Beihilfen handele und wollte die Kommissionsentscheidung vom Europäischen Gericht für ungültig erklären lassen. Jedoch wiesen die Richter alle Argumente der Bundesregierung zurück. T-47/15

■ [Nachforderung Ökostromumlage](#)

## Zentrale Standards der EU stehen nicht zur Disposition



Bei den Vorschriften für die Herstellung sicherer Lebensmittel will die EU in den TTIP-Verhandlungen keine Abstriche machen.

> „Es ist normal, dass beide Seiten in einer Verhandlung möglichst viele ihrer eigenen Positionen durchsetzen wollen. Das heißt nicht, dass die andere Seite solchen Forderungen nachgibt. Das heißt nicht, dass die Parteien sich in der Mitte treffen. In Bereichen, in denen wir in einer Verhandlung zu weit auseinanderliegen, werden wir uns schlicht nicht einigen“, schrieb Malmström in ihrem Internet-Blog.

### Kontrolle durch die Parlamente

„Kein EU-Handelsabkommen wird das Schutzniveau für Verbraucher und Umwelt oder bei der Lebensmittelsicherheit absenken“, betonte sie. „Handelsabkommen ändern nicht unsere Gesetze zu gentechnisch veränderten Organismen, wie sicheres Rindfleisch produziert oder die Umwelt geschützt wird.“ Handelsabkommen könnten EU-Standards nur ändern, indem sie gestärkt würden. Auch werde kein Handelsabkommen „unsere Fähigkeit einschränken, künftig neue Regeln zum Schutz unserer Bürger oder der Umwelt zu erlassen“, bekräftigte Malmström. Die Schwedin verwies darauf, dass der ausgehandelte TTIP-Text am Ende durch die EU-Staaten und das Europäische Parlament angenommen werden müsse, bevor das Abkommen in Kraft treten kann.

Einfacher werden die Verhandlungen nach Einschätzung von EU-Chefunterhändler Ignacio Garcia Bercero nicht werden, da es ein „Vertrauensproblem“ gebe. Anders als die EU lehnten die USA die Veröffentlichung ihrer Texte ab.

Einige Greenpeace-Aussagen, wie etwa, die EU opfere auf Drängen der USA ihr Vorsorgeprinzip, bezeichnete der EU-Chefunterhändler als „schlicht falsch“. Die EU habe vielmehr ausdrücklich auf dieses Prinzip verwiesen.

Der Begriff „Vorsorgeprinzip“ beschreibt die Haltung der EU, zum Beispiel gentechnisch veränderte oder chemisch behandelte Lebensmittel – wie das oft zitierte Chlorhähnchen – im Zweifel eher zu verbieten als zuzulassen. Die USA haben hier eine entgegengesetzte Einstellung. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt erklärte, die EU werde nicht vom Vorsorgeprinzip abweichen. Auch die Lebensmittelsicherheit sei nicht verhandelbar.

Die Bundesregierung trat dem Eindruck entgegen, es würden unter dem Druck der USA grundsätzliche Positionen aufgegeben. Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Matthias Machnig (SPD) erklärte, Forderungen von amerikanischer Seite seien noch lange keine Verhandlungsergebnisse. „Es kann und wird keine Senkung von Standards geben“, sagte der SPD-Politiker und nannte beispielhaft die Bereiche Arbeit, Umwelt und Gesundheit.

Ein Zurück werde es auch nicht bei den Schiedsgerichten geben, sagte Machnig. Die USA streben ein anderes, weniger transparentes Schiedsgerichts-Modell an. Die EU drängt hingegen auf öffentliche Schiedsgerichte.

Die Veröffentlichung von Dokumenten zu den laufenden Verhandlungen über das transatlantische EU-US-Freihandelsabkommen TTIP durch Greenpeace hat für viel Wirbel in der Öffentlichkeit gesorgt. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström nannte einige der Schlagzeilen aber einen „Sturm im Wasserglas“. Sie wies darauf hin, dass die Papiere keine Verhandlungsergebnisse wiedergeben, sondern dass es sich um so genannte „konsolidierte Papiere“ handelt, die lediglich die Positionen beider Seiten zu verschiedenen Themen auflisten und keine Ergebnisse vorwegnehmen. Die Positionen der EU seien ohnehin bekannt, weil sie von der Kommission regelmäßig veröffentlicht würden.

### Kein Abkommen um jeden Preis

Sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission schließen nicht aus, dass die TTIP-Verhandlungen auch scheitern können. Bis zur nächsten Verhandlungsrunde im Juli will die EU erreichen, dass für alle 24 in die drei Säulen Marktzugang, Zusammenarbeit in Regulierungsfragen und Regeln unterteilten Kapitel Texte mit den jeweiligen Verhandlungspositionen vorliegen. EU-Chefunterhändler Bercero schränkte aber ein, dass dies bei einem für die EU besonders wichtigen Thema nicht gelingen wird: dem Zugang von EU-Unternehmen zum öffentlichen Beschaffungswesen in den USA. Washington habe bereits erklärt, bis Juli hierzu kein neues Angebot vorlegen zu können. Das bisherige Angebot bewertete der Spanier als „wenig ehrgeizig“ und stellte klar: „Ohne dieses wesentliche Element wird es für die EU kein TTIP geben.“ Man müsse sehen, wieviel Bewegung es vor dem Regierungswechsel in den USA noch gibt. (ste/stl/fra) >

### Malmström zu TTIP

#### Chancen von TTIP

Die Verhandlungen über TTIP wurden im Juli 2013 aufgenommen. Bisher gab es 13 Verhandlungsrunden. Der Abbau von Zöllen und Bürokratie soll die Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks ankurbeln. Außerdem soll TTIP zur Durchsetzung hoher Sicherheitsstandards im weltweiten Handel beitragen.

## BETREUUNG VON ASYLBEWERBERN

## Mehr Solidarität und Fairness in der EU angestrebt

Bei der Aufnahme und Betreuung von Schutzsuchenden soll es in der EU künftig gerechter zugehen. Wenn sich ein EU-Staat mit einer überproportional hohen Zahl an Asylanträgen konfrontiert sieht, sollen die Bewerber durch einen automatischen „Fairness-Mechanismus“ so lange auf andere Mitgliedstaaten umverteilt werden, bis die Verhältnismäßigkeit wieder hergestellt ist, schlägt die EU-Kommission vor. Länder, die dabei zeitweise nicht mitmachen wollen, können sich befreien lassen, wenn sie einen „Solidarbeitrag“ von 250.000 Euro pro Bewerber zahlen. Das Geld bekommt dann der EU-Staat, der sich um die Schutzsuchenden kümmert.



Wenn es in einem EU-Staat zu viele Schutzsuchende gibt, sollen einige zur Bearbeitung ihrer Asylanträge in andere Mitgliedstaaten gebracht werden.

> Diese Vorschläge sind Kernbestandteile einer Reform der so genannten „Dublin-Verordnung“ und des EU-Asylsystems, die von der EU-Kommission angestoßen wurde. Dazu kommen Vorschläge zur Ausweitung der Fingerabdruck-Datenbank Eurodac und zum Ausbau des EU-Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) zu einer EU-Asylagentur mit größeren Befugnissen. Alle Elemente gehören zu der Anfang April von der Kommission vorgestellten Strategie für eine umfassende Reform des europäischen Asylsystems und sind Teil der Migrationsagenda.

### Derzeitiges System nicht angemessen

Der Erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans betonte denn auch, dass die Migration durch bessere Sicherung der EU-Außengrenzen, intensive Zusammenarbeit mit Drittstaaten, Kampf gegen Menschen-smuggel und die direkte Aufnahme von Schutzsuchenden aus Drittstaaten besser gesteuert werden sollte. Allerdings würden auch weiter Menschen irregulär in die EU kommen und um Asyl bitten, betonte Timmermans. Dass diejenigen, die Schutz brauchen, ihn auch erhalten, sei moralische und rechtliche Verpflichtung der EU. Und dann stoße das existierende Dublin-System an seine Grenzen. „Wir können uns nicht vor unserer Verantwortung davonstellen: Wenn ein Mitgliedstaat stark belastet ist, muss die EU Solidarität zeigen und eine faire Lastenteilung gewährleisten“, mahnte Timmermans. Griechenland und Italien seien jahrelang allein gelassen worden. „Das kann so nicht weitergehen“, sagte der Niederländer.

Für den vorgeschlagenen Fairness-Mechanismus soll künftig erfasst werden, wie viele Asylbewerber es in jedem Mitgliedstaat und EU-weit gibt. Dann soll berechnet werden, wie viele Menschen jeder Staat aufnehmen müsste, wenn diese proportional verteilt würden, wobei Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft die entscheidenden Faktoren sein sollen. Sobald die Zahl der Asylbewerber und direkt aus Drittstaaten aufgenommenen Flüchtlinge in einem EU-Staat mehr als anderthalbmal so hoch wie dieser Referenzwert liegt, sollen weitere Asylbewerber solange in jene Mitgliedstaaten weitergeschickt werden, die am weitesten unter ihrem Referenzwert bleiben, bis die 150-Prozent-Grenze wieder unterschritten wird.

Generell bleiben weiter die EU-Staaten für die Asylprüfung zuständig, in denen Flüchtlinge zuerst ankommen. Gründe, die Zuständigkeit abzugeben, sollen laut Kommission aber ein Visum oder eine Aufenthaltsberechtigung für einen anderen EU-Staat sein oder die Familienzusammenführung. Dabei will die Kommission die Definition von Familie erweitern: Auch Ge-

schwister sollen demnach dazuzählen, und es sollen auch Ehen gelten, die nach Verlassen des Herkunftslandes geschlossen wurden, zum Beispiel in Flüchtlingslagern.

### Kein eigenmächtiges Weiterreisen

Ist die Zuständigkeit für einen Asylbewerber einmal festgelegt, soll sie nicht mehr geändert werden. Auch nicht, wenn Menschen eigenmächtig weiterreisen und es viele Monate dauert, bis sie wieder ausgewiesen werden. Unerlaubtes Weiterreisen soll stärker unterbunden werden. Etwa indem Flüchtlinge in anderen EU-Staaten keine Leistungen außer medizinischer Notversorgung erhalten. Auf der anderen Seite will die Kommission etwa die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger verbessern.

In der Eurodac-Datenbank für Fingerabdrücke von Asylbewerbern sollen dem Vorschlag zufolge auch Informationen über andere irreguläre Migranten bis zu fünf Jahre lang gespeichert werden, damit diese später leichter identifiziert werden können. Das soll Rückführungen erleichtern und dem Schutz vor Terrorismus und Kriminalität dienen. Generell will die Kommission im Einklang mit den Datenschutzregeln mehr persönliche Informationen in Eurodac speichern, zum Beispiel auch Passfotos. Großbritannien, Irland und Dänemark müssen sich wegen ihrer Sonderregeln in den EU-Verträgen nicht an der Reform beteiligen, über die nun Ministerrat und Europäisches Parlament beraten werden. (frh) >

### EU-Asylagentur

Bei der Umsetzung der Asylregeln und bei einer möglichen Umverteilung soll eine neue EU-Asylagentur helfen, zu der das existierende EASO ausgebaut werden soll. Sie soll auch die einheitlichere Beurteilung von Anträgen auf internationalen Schutz und eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten gewährleisten.

▮ *Vorschläge für Dublin-Reform*

## Visumpflicht könnte demnächst wegfallen



Sobald alle Voraussetzungen erfüllt sind, soll türkischen Staatsbürgern für die Reise in den Schengen-Raum ein biometrischer Pass genügen.

> Im Pakt für die Zusammenarbeit zur Bewältigung der Flüchtlingskrise haben die EU-Staats- und Regierungschefs der Türkei in Aussicht gestellt, dass die Visumpflicht bis Ende Juni fallen soll. Bis dahin müssen 72 Voraussetzungen erfüllt sein, auf die sich beide Seiten bereits im Dezember 2013 geeinigt hatten. Ankara habe dabei in den vergangenen Wochen „beachtliche Fortschritte“ gemacht, sagte Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Kommission. Bei diesem Tempo könne der Zeitplan eingehalten werden. Damit Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament Zeit haben, bis Ende Juni die nötigen Beschlüsse zu treffen, hat die Kommission nun empfohlen, die Visumpflicht aufzuheben. Das Europaparlament hat angekündigt, abzustimmen, sobald alle Bedingungen erfüllt sind.

Fünf Voraussetzungen muss die Türkei laut Timmermans noch schaffen. Dazu gehören

### Fast 60 Länder ohne Visumpflicht

Staatsangehörige aus rund 60 Ländern der Welt brauchen beim Besuch des Schengen-Raums kein Visum. Auf der von der EU beschlossenen Liste stehen etwa die USA, Japan, Israel, Mexiko oder Malaysia. Menschen aus anderen Ländern müssen Visa bei Botschaft oder Konsulat beantragen und unter anderem nachweisen, dass sie Lebenshaltungs- und Reisekosten tragen können und eine Reisekrankenversicherung haben. Das Auswärtige Amt in Berlin gibt die Bearbeitungszeit mit zwei bis zehn Werktagen und die Kosten mit 60 Euro an.

eine Kooperationsvereinbarung mit der EU-Polizeibehörde Europol, die Anpassung der Datenschutzregeln an EU-Standards, bestimmte vom Europarat empfohlene Aktionen zur Bekämpfung von Korruption und die Zusammenarbeit mit allen EU-Staaten in Justiz- und Polizeieingelegenheiten. Außerdem soll Ankara die Terrorismusgesetze ändern und dabei die Definition von Terroristen enger und genauer fassen sowie Kriterien für „verhältnismäßigeres“ Vorgehen gegen Terrorverdächtige einführen.

### Biometrische Pässe sind Pflicht

Die Ausgabe von biometrischen Pässen nach EU-Standard wird in der Türkei vorbereitet, es sei aber nicht möglich, alle Reisewilligen rechtzeitig damit auszustatten, hält die Kommission fest. Deshalb schlägt sie vor, bis Ende 2017 auch provisorische biometrische Dokumente zu akzeptieren, die Standards der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO erfüllen. Sie enthalten etwa Passfotos und Fingerabdrücke. Kein türkischer Staatsbürger werde in die EU einreisen können, ohne entweder ein Visum oder einen solchen biometrischen Pass, betonte Timmermans.

### Deutschland attraktives Reiseziel

Die Befreiung von der Visumpflicht gilt nur für Kurzaufenthalte wie beispielsweise Geschäftsreisen, touristische Aufenthalte oder Familienbesuche von bis zu 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen. Ein Recht, in der EU zu arbeiten, ist damit nicht verbunden. Im Jahr 2013 wurden laut Kommission von türkischen Staatsangehörigen knapp 779.470 Anträge auf Visa für den Schengen-Raum gestellt, von denen 95,3 Pro-

Türkische Bürger sollen bei Reisen in die EU kein Visum mehr benötigen. Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament empfohlen, die Visumpflicht aufzuheben. „Unter der Voraussetzung, dass alle Zielvorgaben so rasch wie möglich erreicht werden, hat die Kommission beschlossen, die Aufnahme der Türkei in die Liste der von der Visumpflicht befreiten Länder vorzuschlagen“, sagte der für Innenpolitik und Migration zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. „Selbstverständlich wird die Kommission kontrollieren, ob diese Kriterien auch künftig erfüllt werden.“

zent bewilligt wurden. Die Türkei war damit hinter Russland, der Ukraine und China das Land, aus dem die meisten Schengen-Visa beantragt wurden. Unter den Reisezielen gehört Deutschland zu den attraktivsten. Der Statistik zufolge stellten deutsche Behörden 2013 insgesamt – nicht nur für türkische Staatsangehörige – gut 1,86 Mio. Schengen-Visa aus. Mehr wurden nur in Frankreich (2,3 Mio.), Italien und Spanien ausgegeben.

Sollte es in Deutschland oder anderen EU-Staaten zu einem plötzlichen Anstieg irregulärer Migration aus der Türkei kommen, kann die Visumpflicht schnell wieder eingeführt werden. Jeder Mitgliedstaat kann das laut EU-Visaverordnung beantragen, wenn etwa viele Menschen länger bleiben, als sie dürfen, wenn es viele „unbegründete“ Asylanträge gibt oder sich das Herkunftsland weigert, eigene Staatsbürger wieder zurückzunehmen. Die Kommission will auf Anregung von Deutschland und Frankreich künftig noch mehr Gründe zulassen, das Verfahren erleichtern und möchte auch selbst vorschlagen können, die Visumpflicht wieder einzuführen.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker geht davon aus, dass auch nach dem Rücktritt des türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu die Pläne für Flüchtlingspakt und Visa-Liberalisierung Bestand haben. „Wir haben mit der türkischen Regierung verhandelt. Wir haben das Wort der türkischen Regierung, und wir werden weiterhin mit der türkischen Regierung zusammenarbeiten“, sagte Juncker. (frh) >

■ *Visumsfreiheit für türkische Bürger*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 14.05.2016 10.00–18.00 Uhr	<b>Eröffnungsfeier der Dauerausstellung „Erlebnis Europa“ für Bürgerinnen und Bürger</b> Fest- und Informationsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Europäische Kommission in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://www.erlebnis-europa.de/">www.erlebnis-europa.de/</a>
> 14.05.2016 13.00–17.00 Uhr	<b>„Europa zum Anfassen“</b> Europa-Infotag  <b>Veranstalter:</b> Europäische Kommission in Deutschland, Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, IG Innenstadt	„Bei der Hauptwache“ am Otto-von-Guericke-Denkmal <b>39104 Magdeburg</b>	<a href="https://ec.europa.eu/germany/events/europa-zum-anfassen_de">https://ec.europa.eu/germany/events/europa-zum-anfassen_de</a>
> 17.05.2016 19.00 Uhr	<b>„Der Bergkarabachkonflikt“</b> Diskussionsveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Junge Europäische Bewegung (JEB)	Junge Europäische Bewegung (JEB) Sophienstraße 28/29 <b>10178 Berlin</b>	<a href="http://www.facebook.com/events/526427510879008/">www.facebook.com/events/526427510879008/</a>
> 19.05.2016 15.00–17.00 Uhr	<b>„Preisverleihung des Europäischen Wettbewerbs“</b> Festveranstaltung  <b>Veranstalter:</b> Ministerium für Schule und Berufsbildung des Landes Schleswig-Holstein	Landeshaus Düsternbrooker Weg 70 <b>24105 Kiel</b>	<a href="http://www.europatermine.de/termine/datum/2016/mai/19/termin/einzel/preisverleihung_des_europaeischen_wettbewerbs.html">www.europatermine.de/termine/datum/2016/mai/19/termin/einzel/preisverleihung_des_europaeischen_wettbewerbs.html</a>
> 19.05.2016 16.00 Uhr	<b>„Zwischen gescheiterten Staaten und Friedensnobelpreis – Fünf Jahre nach dem Arabischen Frühling“</b> Konferenz  <b>Veranstalter:</b> Niedersächsische Staatskanzlei, Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen	Hochschule für Musik, Theater und Medien Emmichplatz 1 <b>30175 Hannover</b>	<a href="http://www.eiz-niedersachsen.de/zwischen-gescheiterten-staaten-und-friedensnobelpreis-fuenf-jahre-nach-dem-arabischen-fruehling/">www.eiz-niedersachsen.de/zwischen-gescheiterten-staaten-und-friedensnobelpreis-fuenf-jahre-nach-dem-arabischen-fruehling/</a>
> 19.05.2016 18.00–20.00 Uhr	<b>„Die Qual nach der Wahl - Polens politischer Diskurs in der Europäischen Union“</b> Podiumsdiskussion  <b>Veranstalter:</b> Europäisches Integrationszentrum Rostock	Haus Europa Mühlenstraße 9 <b>18055 Rostock</b>	<a href="http://www.europatermine.de/termine/datum/2016/mai/19/termin/tag.html">www.europatermine.de/termine/datum/2016/mai/19/termin/tag.html</a>
> 19.05.2016 20.00–21.30 Uhr	<b>„Europa – und was habe ich davon?“</b> Kölnener Europagespräche und Wiedereröffnung des Europe Direct Informationszentrums Köln  <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Informationszentrum Köln	VHS-Studienhaus am Neumarkt Cäcilienstraße 35 <b>50667 Köln</b>	<a href="http://www.europatermine.de/termine/datum/2016/mai/19/termin/tag.html">www.europatermine.de/termine/datum/2016/mai/19/termin/tag.html</a>
> 20.05.2016 10.00–16.00 Uhr	<b>„Sicherheitsforum 2016“</b> Konferenz zu Sicherheit und Gefahren in der digitalen Welt  <b>Veranstalter:</b> Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin Campus Lichtenberg Alt-Friedrichsfelde 60 <b>10315 Berlin</b>	<a href="http://www.hwr-berlin.de/fileadmin/downloads_internet/aktuelles/kalender/2016/Terminankuendigung_5.Sicherheitsforum_2016.pdf">www.hwr-berlin.de/fileadmin/downloads_internet/aktuelles/kalender/2016/Terminankuendigung_5.Sicherheitsforum_2016.pdf</a>
> 25.05.2016 18.00 Uhr	<b>„Democracy, Integration and the European Union“</b> Vortrag von Mario Monti, ehem. Ministerpräsident Italiens  <b>Veranstalter:</b> Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität, Europäische Kommission in Deutschland	Auditorium Maximum der Humboldt-Universität Unter den Linden 6 <b>10099 Berlin</b>	<a href="http://www.whi-berlin.eu/event1.html?eid=19">www.whi-berlin.eu/event1.html?eid=19</a>
> 26.05.2016 14.00–21.30 Uhr	<b>„Grenzerfahrung. Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa“</b> Internationale Konferenz  <b>Veranstalter:</b> Heinrich-Böll-Stiftung	Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://calendar.boell.de/sites/default/files/4.4.2016_programm_26.5._grenzerfahrung_1.pdf">http://calendar.boell.de/sites/default/files/4.4.2016_programm_26.5._grenzerfahrung_1.pdf</a>

## IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

**Herausgeber:****Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

**Herstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## SCHÜLERN EU-WISSEN VERMITTELN

**Junge Seminartrainerinnen und -trainer gesucht**

Mit dem Schulprojekt „Europa Verstehen 2016/17“ will die überparteiliche Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa Schülerinnen und Schülern ab der zehnten Klasse in EU-Kompaktkursen ein grundlegendes Verständnis europäischer Politik ermöglichen. Vermittelt werden sollen die Informationen möglichst „auf Augenhöhe“ durch junge Leute. Die Schwarzkopf-Stiftung sucht daher junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren aus Hamburg, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, die sich zur Trainerin oder zum Trainer für die vierstündigen Kurse ausbilden lassen und bis Juli 2017 mindestens zehn davon abhalten wollen. In Sachsen sucht die Stiftung Trainer für Kurse, die sich speziell mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU beschäftigen.

Geboten wird neben einem Qualifizierungsprogramm auch die Mitarbeit in einem Netzwerk mit internationalen Trainerteams und eine Vergütung von 120 Euro pro Einsatz. Bewerbungsschluss ist am 22. Mai.

■ [Schulprojekt der Schwarzkopf-Stiftung](#)

## EURODESK DEUTSCHLAND

**20 Jahre Beratung über Auslandsaufenthalte**

Es gibt viele Wege für junge Menschen, Erfahrungen im Ausland zu machen: Praktika, Freiwilligendienst, Workcamps und ein Aufenthalt als Au-pair sind einige davon. Oder man kann Teile von Studium und Ausbildung jenseits der Grenze absolvieren, eventuell gefördert durch das EU-Programm Erasmus+. Beratung über die Möglichkeiten bietet seit 20 Jahren Eurodesk Deutschland, gefördert von der Bundesregierung und Erasmus+ „Jugend in Aktion“. 50 Servicestellen hat Eurodesk Deutschland, über 500.000 junge Menschen wurden in den 20 Jahren nach eigenen Angaben betreut.



Vor einem Gespräch bietet auch das Internet schon Informationen. Dort finden sich etwa Hinweise zu Stipendien, Programmen, Länderangeboten, ein Last-Minute-Markt mit konkreten Auslandsaufenthalten und auch Kurzfilme, zum Beispiel über den Europäischen Freiwilligendienst.

■ [Informationen und Beratung zu Auslandsaufenthalten](#)

## ÄRGER NACH INTERNET-EINKÄUFEN IM EU-AUSLAND

**Nationale Kontaktstelle zur Streitschlichtung eingerichtet**

Wenn es Probleme mit online gekauften Waren oder Dienstleistungen gibt und die Anbieter ihren Sitz in einem anderen EU-Staat haben, schrecken viele Verbraucher aus Angst vor schwierigen Gerichtsverfahren davor zurück, ihre Rechte einzufordern. Um solche Streitigkeiten einfacher und möglichst gütlich beizulegen, hat die EU-Kommission ein Portal für Online-Streitbeilegung eingerichtet. Nationale Kontaktstelle für dieses Portal ist seit April das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland (EVZ) in Kehl. Dort werden Fragen zu Schlichtungsstellen und Verbraucherrechten beantwortet.

Das EVZ bietet auch Informationen und praktische Tipps rund um Verbrauchertemen in Europa wie Reisen, Auto, Gesundheit, Geld und Kredite, Internet und Telefon, Handwerker, Bildung und Freizeit sowie Umzug ins EU-Ausland. Kürzlich hat das EVZ seine Webseite neu gestaltet. Nun sollen die Infos auch für Verbraucher, die mit Smartphones oder Tablets unterwegs sind, besser nutzbar sein.

■ [Europäisches Verbraucherzentrum Deutschland](#)

## WDR EUROPAFORUM 2016

**Anstöße für Diskussion über die Zukunft der EU**

Im Juni stimmen die Briten über ihren Verbleib in der EU ab, außerdem halten Flüchtlings- und Schuldenkrise, Terrorgefahr und ein Erstarken nationalistischer Parteien alle Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen in Atem. Akzente in wichtigen Zukunftsdebatten über Europa sollten beim WDR Europaforum im Auswärtigen Amt in Berlin am 12. Mai gesetzt werden. „Europa ohne Europäer? Die EU im Krisenmodus. Europa verändert sich“, hatte der WDR als Überschrift über den Tag voller Vorträge und Diskussionen gesetzt. Diskussionen, die in der ganzen EU fortgesetzt werden dürften.

Die Teilnehmerliste reichte von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Außenminister aus Deutschland, Polen, Luxemburg und der Slowakei und zahlreiche Europaabgeordnete bis zu Schriftsteller Robert Menasse. „Für Europa waren Krisen schon oft eine Chance, weil es sich dabei der Kraft des Gemeinsamen bewusst geworden ist“, sagte Juncker in seinem Grußwort. „Auch diesmal dürfen wir nicht vergessen, dass wir uns zusammengetan haben, weil wir unsere Zukunft in der globalisierten Welt mit vereinten Kräften besser gestalten können“, so Juncker.

■ [Zukunftsdebatten über Europa](#)